



Die STADT ARNSBERG informiert

Bekanntmachung

Eisenbahnangelegenheiten;

Planfeststellungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)

für das Vorhaben „Sanierung Freienohler Tunnel in Meschede“,
Strecke 2550, Bahn-km 208,265 – 209,480, Anhörungsverfahren gem. § 73 VwVfG

Die DB Netz AG hat beim Eisenbahnbundesamt für dieses Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach §§ 18 ff Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) beantragt. Die Bezirksregierung Arnsberg ist nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz i.V.m. dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG Bund) die zuständige Anhörungsbehörde.

Der in den Jahren 1868 bis 1871 errichtete und ca. 650 m lange Freienohler Tunnel soll aufgrund seines Alters und dadurch schlechten baulichen Zustandes erneuert werden. Der Maßnahmenbereich erstreckt sich von Bahn-km 208,265 bis Bahn-km 209,480 der DB-Strecke 2550 und liegt zwischen dem Haltepunkt Oeventrop und Bahnhof Freienohl. Das vorhandene zweigleisige Tunnelbauwerk soll aufgeweitet und anschließend mit einer neuen Innenschale aus Stahlbeton ausgestattet werden und um einen Rettungsplatz am Nordportal ergänzt werden. Mit der Umsetzung des Gesamtvorhabens soll erreicht werden, dass die Standsicherheit, die Gebrauchstauglichkeit sowie die Betriebssicherheit der Eisenbahninfrastruktur aufrechterhalten und langfristig sichergestellt wird.

Während des Bauverfahrens ist die fahrplanmäßige, eingleisige Weiterführung des Eisenbahnbetriebes in diesem Bereich geplant. Gleichzeitig wird in einem separaten Planfeststellungsverfahren die parallele Sanierung des nur ca. 1300 m entfernt liegenden Glöisinger Tunnels angestrebt, um betriebliche Einschränkungen möglichst gering zu halten und Sperrpausen gemeinsam zu nutzen.

Im Wesentlichen sind im Rahmen der Sanierung des Freienohler Tunnels folgende Maßnahmen geplant:

- Zweigleisige Erneuerung des Freienohler Tunnels durch Abbruch des Bestandsbauwerks und Ersatzneubau eines Tunnels in bergmännischer und offener Bauweise und Neubau Tunnelportale
- Vergrößerung des Gleisabstandes von 3,50 m auf 4,00 m im Bereich des Tunnels und Planung des Lichtraumprofils GC mit beidseitigen Fluchtwegen
- Errichtung von Sicherungs- und Rettungseinrichtungen außerhalb des Tunnels, u.A.:
 - Einrichtung eines Rettungsplatzes am Nordportal (zweigeteilt inkl. Treppe gemäß den Richtlinien des Eisenbahnbundesamtes)
 - Erstellung von Rettungszufahrten am Tunnelanfang
 - Errichtung einer Löschwasserentnahmestelle am Tunnelanfang
- Neubau, Änderung und Erneuerung von Erd- und Stützbauwerken
 - in den Voreinschnitten des Tunnels
 - im Bereich der neuen Rettungszufahrt
 - im Bereich über dem Tunnel-Südportal als Sicherung gegen Hangrutsch

Darüber hinaus erfolgen u.A.

- Anpassungen der Leit- und Sicherungstechnik für Bau- und Endzustand
- die Einrichtung von
 - Löschwasserversorgung
 - BOS-Funk-Versorgung
 - Tunnelsicherheitsbeleuchtung
 - Baustelleneinrichtungs- und -verkehrsflächen.

Von den Maßnahmen sind auf dem Gebiet der Stadt Meschede folgende Gemarkungen und Flure betroffen: Gemarkung Freienohl, Flure 1, 3, 4, 11, 12, 15.

Die Vorhabenträgerin hat einen Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) gem. § 16 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vorgelegt. Zu den entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltbelange (Zeichnungen und Erläuterungen) gehören:

im Ordner 3:

- die Umweltverträglichkeitsstudie, einschließlich des Erläuterungsberichts und der Anlagen zu den Schutzgütern Mensch, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser und kulturelles Erbe (Planunterlage 14)
- die Artenschutzrechtlichen Unterlagen (Planunterlage 15)
- die FFH-Vorprüfung (Planunterlage 16)
- der Landschaftspflegerische Begleitplan, einschließlich des Erläuterungsberichts, des Bestands- und Konfliktplans sowie des Maßnahmenplans (Planunterlage 17)

im Ordner 4 und im Ordner 5:

- Schalltechnische Untersuchungen (Planunterlagen 18.1 und 18.2)
- Erschütterungstechnische Untersuchungen (Planunterlagen 18.2 bis 18.4)

Sämtliche Pläne (Zeichnungen und Erläuterungen) zu dem beantragten Vorhaben liegen

**von Montag, den 11. November 2019
bis Dienstag, den 10. Dezember 2019 (einschließlich)**

an den nachstehend genannten Orten aus und können dort während der genannten Zeiten eingesehen werden:

beim Bürgermeister der Stadt Arnsberg, Stadt- und Verkehrsplanung, Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg, Zimmer 517, während der Dienststunden

montags bis freitags	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr
montags bis donnerstags zusätzlich	14.00 Uhr bis 16.00 Uhr,

beim Bürgermeister der Kreis- und Hochschulstadt Meschede, Technisches Rathaus, Sophienweg 3, 59872 Meschede, Raum 103, während der Dienststunden

montags, dienstags und freitags	08.00 Uhr bis 12.00 Uhr
donnerstags	13.00 Uhr bis 17.00 Uhr.

Unabhängig von der Auslegung vor Ort werden in diesem Zeitraum die Planunterlagen und der Bekanntmachungstext auch auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg unter www.bra.nrw.de/4386862 zugänglich sein. Ebenso werden die Planunterlagen über das zentrale Internetportal im Sinne von § 20 UVPG (Homepage: www.uvp-portal.de) veröffentlicht. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass verfahrensrechtlich allein die Auslegung bei den Städten Arnsberg und Meschede maßgeblich ist (§ 27 a Abs. 1 VwVfG).

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist **bis zum 10. Januar 2020 (einschließlich)** bei der Stadt Arnsberg, Rathausplatz 1, 59759 Arnsberg, bei der Kreis- und Hochschulstadt Meschede, Sophienweg 3, 59872 Meschede, oder bei der Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 25,

Seibertzstraße 1, 59821 Arnsberg, Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Die Einwendung soll den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.

Die Einwendungen können auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die elektronische Poststelle der Behörde erhoben werden. Die E-Mail-Adresse lautet: poststelle@bra.sec.nrw.de

Die Einwendungen können auch durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz erhoben werden. Die De-Mail-Adresse lautet: poststelle@bra-nrw.de-mail.de

Mit Ablauf der oben genannten Einwendungsfrist sind Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen (§ 18a AEG i.V.m. § 73 Abs. 4 S. 3 VwVfG Bund).

Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG von der Auslegung des Plans.

Stellungnahmen der Vereinigungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind nach Ablauf der o.a. Einwendungsfrist ebenfalls ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 Satz 5 und 6 VwVfG Bund).

Dieser Einwendungsausschluss beschränkt sich bei Einwendungen und Stellungnahmen, die sich auf die Schutzgüter nach § 2 Abs. 1 UVPG beziehen, nur auf dieses Planfeststellungsverfahren.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt gemäß § 17 Abs. 1 VwVfG für das Verfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist. Vertreter kann nur eine (einzelne) natürliche Person sein.

Gleichförmige Eingaben, die die vorgenannten Angaben (Bezeichnung eines Vertreters) nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder deren Vertreter keine natürliche Person ist, können nach § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben. Ferner können gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt bleiben, als Unterzeichner ihre Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben.

Aufgrund von Artikel 13 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wird hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere in Form der Weitergabe von nicht anonymisierten personenbezogenen Daten in Einwendungen an den Vorhabenträger im Rahmen des Verfahrens auf die „Datenschutzrechtlichen Hinweise zu öffentlichen Bekanntmachungen von Zulassungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der öffentlichen Anhörung“ verwiesen. Diese und nähere Informationen zum Datenschutz in der Bezirksregierung Arnsberg finden Sie unter www.bra.nrw.de/3948632.

2. Rechtzeitig erhobene Einwendungen werden ggfls. in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich bekanntgemacht wird, sofern nicht nach § 18a Nr. 1 AEG auf eine Erörterung verzichtet wird.

Diejenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Die Vertretung in dem Erörterungstermin durch einen Bevollmächtigten ist möglich.

Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

3. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
4. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
5. Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch das Eisenbahnbundesamt als Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender/Einwenderinnen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
6. Die Nummern 1, 2, 3 und 5 gelten für die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Bauvorhabens nach § 19 UVPG entsprechend.
7. Vom Beginn der Auslegung des Planes tritt auf den vom Plan betroffenen Flächen die Veränderungssperre nach § 19 AEG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger des Bauvorhabens ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 19 Abs. 3 AEG).

Arnsberg, 10.10.2019

Stadt Arnsberg
Rathausplatz 1
59759 Arnsberg

Ralf Paul Bittner
Bürgermeister